

Einführungsblatt in diese Sendung ALTERNATIVE Nr. 86

Allen Empfängerinnen und Empfängern dieser Sendung ALTERNATIVEN DRITTER WEG-A3W wünschen wir trotz des bis zum Versand fast abgelaufenen ersten Monats des Jahres 2020 einen persönlich guten Verlauf dieses nicht nur hinsichtlich Klimakatastrophe und Kriegs- und Terrorgefahren eher bedrohlichen Jahres.

Dr. Heiner Otto und Georg Otto für den Vorstand der ALTERNATIVE DRITTER WEG - A3W.

Zunächst machen wir mit den probeweisen Veränderungen dieses Versands vertraut. Wir versenden diese Nummer nicht als Heft, sondern in Teilen von 4 oder 8 Seiten, teils auch als Einzelbeilagen. Den ersten Teil beginnen wir mit diesem Einführungsblatt, dem wir zunächst zwei Seiten zum 40. Jahrestag des Todes von Rudi Dutschke am 24. 12. 1979 anhängen und den ich im Herbst 1979 während meiner 1-jährigen Arbeit als Organisationsreferent der GRÜNEN bei der Landtagswahl in Bremen kennenlernte und 4 Wochen vor seinem Tod bei einer grünen Tagung in Hannover erneut traf, weil er am Infostand der Liberalsozialen sagte, sich endlich gründlich mit Silvio Gesell auseinander zu setzen, wozu er von mir entsprechende Literatur erhielt. Es folgt ein Bericht zur Gründung der LSH - Liberalsoziale Hochschulgruppe an der EU - Freie Universität 1949 in ihrem Gründungssemester in Westberlin.

Es folgen je 4 Seiten zur Klimakrise und eine Kritik der EZB-Europäische Zentralbank aus liberalsozialer Sicht und voraussichtlich 8 Seiten zur immer dringenderen Wohnungs- und Bodenreform, beginnend mit der Vorstellung des neuen Buches von Dr. HJ. Vogel dazu und ihren Zusammenhängen mit der Geldreform Silvio Gesells.

Ein Vorteil der neuen Sendungsart ist, dass wir flexibler arbeiten können, dass die Aufsätze einzeln verwendet, kopiert und verbreitet werden können und wir uns beim Versand als Brief nicht an verschiedene Bestimmungen der Post halten müssen. Ob wir auf kürzere und gewichtsmäßig günstigere Abstände umsteigen, probieren wir auch aus, ebenso ob wir denen, die per Mail empfangen können, je nach Lage Infos senden und Postsendungen nur denen, die keinen Mailzugang haben. Dazu legen wir ein Blatt bei, auf dem angekreuzt werden kann, wer was bevorzugt. Dann sichten wir die Adressenbestände, auch ältere, was uns für Niedersachsen eine Reihe Rücksendungen brachte, weil wir einen Extraversand zu meinem DIA-Vortrag am 11.1. beim Tauschringtreff in Sibbesse einschoben, den ich zum Thema des sog. „Wunders von Wörgl“ hielt, den ich auch anderswo anbiete, auch zum Umlaufgeld der Brakteaten im Hochmittelalter, von dem die wirtschaftlich-soziale und kulturelle Blütezeit der Hanse und Gotik von 1150-1450 ausging. Auch zum Nahen Osten über meine Israelreisen, eine halbjährlich. Dort jährte sich 2019 die Staatsgründung zum 60. Male und es ist zu erörtern welchen Beitrag die Zinslehren der Juden, Christen und Mohammedaner - auch die Bodenreform Prof. Oppenheimers zum Frieden dort beitragen können.

Zwei Punkte haben noch Platz: Im Text zur Klimakrise gehen wir auf Seite 3 auf die nötige Politikwende zu einer Mitte-Linksregierung aus SPD, LINKE und GRÜNE ein, die als Minderheitsregierung vom Grundgesetz Art. 63.4 gedeckt ist, aber ohne Boden- und Geldreform nach Gesell zum Scheitern verurteilt ist, Also müssen wir - wer sonst - diesen die Lehren Gesells nahe bringen und das kostet für Papier und Porto eine Menge Geld, das wir nur Teil durch große Sparsamkeit haben **UND JETZT AUSGEBEN MÜSSEN!** Ein Zahlschein liegt dazu bei. Wer mit Postbank arbeitet, kann auch mein dortiges Konto benutzen: IBAN: DE07 2501 0030 0250 0423 03 BIG PBNKDEFF

Wir wollen auch die Kluft überwinden, die unter Anhängern Gesells **zwischen uns, dem Fußvolk und unseren Wissenschaftsarbeitern, teilweise herrscht.** Daher erhalten diese, soweit wir ihre Adressen haben, auch diese Sendung. Wenn wir die Parteien für Reformen im Geld- und Bodenrecht gewinnen wollen, ist uns der Bezug auf unsere da oben in theoretischen Höhen sehr wichtig, wir brauchen aber auch die Unterstützung von oben. Heiner und Georg Otto

ALTERNATIVE - DRITTER WEG:

MARKTWIRTSCHAFT ohne PRIVATKAPITALISMUS- SOZIALISMUS ohne STAATSKAPITALISMUS!

JAHRESWECHSEL 2019/2020 - Nr. 86

KRIEG gegen die NATUR beenden ! Dazu rief Antonio Guterres als Generalsekretär der VEREINTEN NATIONEN - UN bei Eröffnung des 25. Weltklimagipfels am 2. 12. 2019 in Madrid auf: „**Wenn wir nicht schnell unseren Lebensstil ändern, gefährden wir das Leben an sich**“.

Wie kann dies in einer Welt geschehen, in der das gesamtgesellschaftliche Leben nicht nur der Hauptindustrie- und Schwellenländer vom **Gesetz der Rentabilität des Kapitals**, oder wie es Karl Marx sagte, von der Herrschaft des Profistrebens, **ausgedrückt in der Profitrate des Kapitals**, von der nur ganz wenige Regionen und Völker der Erde noch nicht erfasst, aber schon **Opfer des Renditestrebens des Kapitals und ihres Niederschlags in der Naturzerstörung auch der entlegendsten Weltteile der Erde wurden**. Tag für Tag, Nacht für Nacht, im Sommer wie Winter ist es anfangs nur „ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Capitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das Schluchzen der Armen. Manchmal klirrt etwas, wie ein Messer, das gewetzt wird“. So sah es Heinrich Heine, langjährig Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“ bereits am 4.12.1842, 6 Jahre vor der bürgerlichen Revolution von 1848/49, in der die von ihm beschriebene Ursache der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Krise des Überganges vom Früh- zum Industriekapitalismus noch nicht Allgemeingut war, wie sie auch heute erst von wenigen so exakt genau von Heinrich Heine vor fast 200 Jahren literarisch erkannt wurde. Zu seinem 150. Todestag am 17. 2. 1856 veröffentlichte ..ALTERNATIVE DRITTER WEG sie in Nr. 57/2006 im Aufsatz unseres verstorbenen Mitarbeiters Joseph Hüwe: Berlin _____ In Buchform erschien das Gedicht 1854 in „Lutetia“.

Klimaaktivistin Carola Reckete, Kapitänin arktischer Forschungsschiffe, steuerte im Sommer 2019 ein Flüchtlingschiff im Mittelmeer, das ohne Kapitän war, ist jetzt für die radikale XR -EXTINKTION REBELLION tätig, brachte das Problem der Klimarettung auf den Punkt: „**Dazu muss das Wirtschaftssystem geändert werden**“. **Wie ist es zu ändern, damit nicht mehr das Gesetz der Kapitalrendite oder des Kapitalprofits mit dem ihm immanenten Zwang zum Wirtschafts- Rüstungswachstum riesige Ressourcen- und Energievergeudungen mit steigenden Umwelt- und Klimaschäden, schon im „Frieden“ mit seinen zahllosen Stellvertreterkriegen seine Interessen durchsetzen kann? Jede noch so schön auf dem Papier von Staatsverfassungen beschriebene „demokratische“ Mitwirkung der Völker entlarvte Rüstungsproduzent Cartwright Vincent Vickers, von 1911-1919 Leiter der Bank von England, damals Zentrale des Weltkapitalismus, als Verschleierung der faktischen Geldherrschaft und diktierte seiner Tochter auf dem Totenbett zur Information der Völker:**

„**Dieses FINANZSYSTEM und DEMOKRATIE sind UNVEREINBAR! Eines muss dem anderen weichen. Bisher immer die DEMOKRATIE dem FINANZSYSTEM !**«

Näheres dazu und zum für Deutschland 2021 - aber auch für Rettung des WELTKLIMAS -nötigem Wechsel zu einer Mitte-Linksregierung in den beiliegenden ersten vier Seiten von Nr. 85 „ALTERNATIVE“. Einige frühere und neuere Empfängerinnen erhalten Nr. 85 jetzt mit Nr. 86.

Die monetären und bodenrechtlichen Ursachen des ZINSKAPITALISMUS wurden vom deutsch-argentinischen Kaufmann und Sozialforscher SIVIO GESELL um 1890 zunächst in spanisch, dann 1916 als NATÜRLICHE WIRTSCHAFTS-ORDNUNG - NWO - veröffentlicht. Sie enthielten seine Vorschläge zur Überleitung des GELDZINSES in den vollen ARBEITSERTRAG und zur NEUTRA

LISIERUNG des BODENZINSES. Vom Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat Bayern wurde er im April 1919 als Volksbeauftragter für Finanzen der libertären bayr. Räterepublik gewählt. Mit Prof. Polenske und dem Radiologen Dr. Christen brachte er die Finanzen in Gang, erarbeitete eine Vermögensabgabe zur sozialgerechten Regulierung der Kriegslasten, durch Freigeld sollte die Zinswirtschaft abgebaut, durch Freiland der Bodenzins privaten Grundherren entzogen und in die Mütterkasse zur Versorgung der Kinder umgeleitet werden. Noch ehe der Zentralrat den Plan diskutieren konnte, wurde die Räteregierung durch eine Konterrevolution der Kommunisten gestürzt. Ausführlich in 3 S. der Nr. 85 und 8 S. DIN A4 „GESELL IN DER RÄTEREPUBLIK“, € 4,-.

Wie die an Heinrich Heine anknüpfende Kapitalismuserklärung Silvio Gesells radikal die Wurzeln des Kapitalismus bloßlegt und wie diese das gesamte Wirtschafts/Gesellschaftsleben durchdringen, zeigen wir am Beispiel der sog. friedlichen Atomenergie auf, für die Josef Hüwe die ((un)heimliche

Ursachenkette entwarf, wobei Sie an Stelle der Atomenergie **andere „Innovationen“ der letzten Jahrzehnte einsetzen können**, mit denen die vom Rentabilitäts- und Profitratengesetz erzwungenen Krisen des Kapitalismus **nur abgeschwächt und bis zur Endkrise vertagt wurden, der wir uns mit der Klimakrise mit Riesenschritten dem globalen SUPERGAU nähern,**

Eine (un)heimliche Ursachenkette:

Reaktorunfälle, Gau, SUPERGAU, Atomenergie letztlich nicht beherrschbar!

^

Errichtung von immer mehr Atomkraftwerken

^

Stark bevorzugte staatliche Förderung der Atomenergieforschung

^

Immer größerer Energie- und Rohstoffbedarf

^

Ständiges Wirtschaftswachstum, auch zwecks Tilgung der Schuldenzinsen

^

Suche nach immer mehr Zinsgewinn bringenden Innovationen

^

Lawinenartiges Wachstum der Geldvermögen und Schulden durch Zinseszins.

Solange wir das Wachstum der Vermögen und Schulden durch ZINSESZINS nicht durch Gesells UMLAUFGELD - auch Freigeld genannt, weil es die Welt vom Urmonopol der GELDHORTUNG und mit Freiland vom Urmonopol der BODENSPERRE, an der Gesell, Franz Oppenheimer, Henry George u.a. wirkten, befreien, steht am Ende der (un)heimlichen Ursachenkette

der Zusammenbruch des Weltklimas, das sich unter lawinenhaftem Wachstumszwang der Weltwirtschaft nicht mehr regulieren lässt.

Ob der Satz von Prof. Harms - früher Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts - stimmt, Gesell sei nicht zu widerlegen, sondern nur abzulehnen, sei dahingestellt. Der Autor ist für Quellenangaben dankbar. Jede, jeder, die unsere Informationen erhalten oder früher erhielten, können sich an der Widerlegung beteiligen, z. B. Mitglieder des Bundestages und der Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, Friedensgruppen und alle Bürgerinnen als Wählerinnen und damit Trägerinnen der Staatssouveränität der Bundesrepublik, so z. B.

Claudia Roth und Gern Ödzemir, 2009, verantwortlich als Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Anträge ihrer Liberalsozialen/LISOS für eine neue, antikapitalistische Geld-, Boden- und Steuerpolitik u. für eine Futtermittelimportsteuer zur Reduzierung der grundwasserverseuchenden Massentierhaltung und des lawinenhaft gestiegenen Fleischkonsums als Hauptursache von Zivilisationskrankheiten und Klimazerstörung durch riesige Urwaldrodungen für Weiden und Futtermittelanbau für Export in den Norden. Auch ist die weltweite Viehwirtschaft an der Verseuchung der Atmosphäre im Umfang des Straßenverkehrs beteiligt, weil die Ammoniak-Methangase 20mal aggressiver als CO₂ sind.

Der Bundesvorstand lehnte diese ab und beauftragte die Politische Geschäftsführerin in der eintägigen Vorkonferenz der ca. über 1000 Antragsteller zu sorgen, dass diese Anträge nicht im Plenum behandelt werden, dem die unter Zeitdruck stehende Vorkonferenz gegen die eine liberalsoziale Stimme entsprach. Der Vorstand ließ übermitteln, dass im vom ihm ins Wahlprogramm übernommenen Antrag von Sven Giegold und Ströbele "alternative Wirtschaften wie Regiogeld und Tauschringe" enthalten seien". Ihm musste klar gewesen sein: Die LISO-Anträge zielen nicht auf kommunale Tauschringe/Regionalgeld, sondern auf Politik im Bund und in der EU!

Durch Ablehnung des LISO-Antrags bei der BDK 1998 in Kassel, den EURO nicht als Hortgeld, das die Ausbeutung der Natur und Menschen von den Einzelwährungen auf die EU-Währung überträgt, sondern als UMLAUF-EURO einzuführen, wurden die GRÜNEN zur Kapitalismus erhaltenden Partei - ausgerechnet unter dem Marxisten und Linken Jürgen Trittin, damals Parteivorsitzender. Durch den dem UMLAUF-EURO „eingebauten“ Umlaufantrieb muss es noch umlaufen, wenn dadurch der ZINS die Rentabilitätsschranke bzw. Profitratengrenze, die Gesell, wie Marx bei 3-2% sahen, erstmalig durchbrochen und in die Hände der Arbeitenden als vollen Arbeitsertrag überführt würde - in der Gründungszeit des ADAV- Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und der SPD das Ziel der Sozialisten. Die Herrschaft des Finanzkapitals würde durch die Umlaufgebühr von ca. 6% i. J. mit jetzt sinkendem Zins und steigendem Arbeitsertrag in einen freien Sozialismus mit voller Demokratie aufgelöst.

Der Grünevorsitzende Dieter Burgmann (1980/83) machte den vom ZINSESZINS ausgehenden WACHSTUMSZWANG für Umwelt- und Klimazerstörung verantwortlich und sah in seiner Überwindung die Voraussetzung der Natur- und Klimaerhaltung.

Ergänzend das ganze Zitat von D. Burgmann, das die LISOS als Plakat verwendeten: „Der Zins zwingt zum Wachstum: Jeder Kapitaleigner erwartet für seinen Kapitaleinsatz Gewinne, bzw. Zinsen, die meist weit über das hinausgehen, was er selbst zum Leben braucht, und die deshalb wieder investiert werden müssen, so dass das Kapital nach dem Zinseszins- System ständig wachsen muss. So entsteht die Kapitalakkumulation, die zur Monopolbildung führt. Spätestens dann kann Wachstum nur noch durch Ausdehnung des Marktes gewährleistet werden. Im Zins-

System liegt also ein unabdingbarer Wachstumszwang."

Burgmann war Vertreter der AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), die sich damals stark ökologisierte und wie vorstehend NWO-Grundsätze vertrat, wie auch Wolf-Dieter Hasenclever, der auch über die AUD zu den GRÜNEN kam - vor W. Kretzschmann ihr führender Kopf in B.-Württemberg. Ich war damals grüner Org.Referent, dazu vom Schuldienst für 1 Jahr beurlaubt und hatte Zugang zu anderen gr. Gremien. Beim Parteitag Dortmund 1980 hatte ich die Schlüsselgewalt und wohnte den Linken bei, wer von ihnen für den Vorsitzenden nach Haußleiters (AUD-Chef) Sturz über seine Rolle als Kriegsberichtererstatter zu unterstützen sei. Ihre Wahl war Burgmann. Seine NWO-Nähe war damaligen Linken kaum bekannt. 1985 rotierte er nach 2 Jahren als MdB zurück in den Ing.Beruf. In Dortmund erzielten LISOS ihren letzten Erfolg mit von Schily, Bahro, Otto vertretenem Auftrag an die Partei: Grün ist weder Politik der Konzern- und Banketagen, noch die von Politbüros! Die genannten Inhalte liefen auf einen neuen - dritten - Weg hinaus.

Nicht uninteressant ist, wie Joschka Fischer einen dritten Weg im „modernen Sozialstaat als epochale Veränderung des Kapitalismus sieht. Er war und ist eine Jahrhundertreform, die jenseits der Revolutionsmetaphysik von Karl Marx ein gewaltiges Potential **von sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und Zukunftschancen für die Unterklasse freigesetzt** und - dies ist vor allem von Bedeutung! - demokratisch und evolutionär realisiert hat". Er stimmt Joachim Fest zu, der den modernen westeuropäischen Sozialstaat in „Zerstörer Traum" als **„realisierten Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus bezeichnet"**. Fischer selbst schreibt das in „Die Linke nach dem Sozialismus", S. 117/18, 1992 und übernimmt weiter Fest, „viele Intellektuelle suchen noch immer nach einem Dritten Weg, irgendwo im Niemandsland zwischen System-Utopie und offener Gesellschaft. **Die Wahrheit lautet, die modernen Sozialstaaten offener Gesellschaften sind der Dritte Weg.** Anders, womöglich makelloser, sind solche Wege nicht zu haben.

Joschka sollte sich das grüne Programm von 2009 anschauen, eben jenes, dass die LISOS mit ihren Anträgen zu einem DRITTEN WEG umgestalten wollten und dem der damalige Vorstand die offene Debatte im Plenum verweigerte. Auf 6 grünen Seiten setzt sich die LISOS mit ihm auseinander und stellen dar, wie mit den liberalsozialen Anträgen die realpolitische Wirklichkeit des westeuropäischen Sozialstaates zu dem gestaltet werden kann, was Fischer in ihm an sozialer Gerechtigkeit und Zukunftschancen sieht, sieht das grüne Programm keineswegs, sondern stellt fest: "Heute besitzen 5% der Bevölkerung 47% aller Vermögen, die sie schon vor der Finanzkrise aufgebaut haben und fordert, dass diese Kreise zur Bewältigung dieser Krise herangezogen werden sollen".

Ob Fischer oder Trittin stärker an der Kapitalisierung der GRÜNEN beteiligt sind, ist unwichtig. Beide haben bisher weder boden- noch geldpolitisch Vorschläge vorgelegt, wie die Urmonopole der Bodensperre und des Geldstreiks überwunden werden können. Das würde voraussetzen, dass auch sie Gesell widerlegen können, wozu sie hiermit ersucht werden.

Auf jeden Fall verwahren sich die LISOS die Sozialstaaten, die eine Verschleierung der sozialen Verhältnisse sind, Dritte Wege zu nennen. Allein in Deutschland bedanken sich 6-7 Mill. prekär Bezahlte, 4 Mill. Kleinstrentner, 43 Mill. Vollarbeiter für den Lohnabzug von 500 Mrd jährl. durch ZINSEN an Leute, die dafür nicht arbeiten müssen!

Mail alternative-dritter-weg@web.de

Was hier zu den GRÜNEN und Erfahrungen der LISOS gesagt wurde, gilt für LINKE und SPD mit ähnlichen Erfahrungen und mit der Aufforderung nicht nur an hier Genannte, sondern bis in die Basis der Parteien und Verbände sich an der Widerlegung von Silvio Gesell zu beteiligen. Daneben ist die aktuellste Frage, wie nach der GRO-KO ohne CDU als kapitalistischste Partei zu regieren ist.

Wie kann/sollte die Bundesrepublik nach der GRO-KO, spätestens 2021, regiert werden?

Es ist davon auszugehen, dass im nächsten Bundestag wieder CDU/CSU, SPD, GRÜNE, LINKE, FDP und AdF vertreten sind und dass keine Partei mit der AdF koalieren wird.

Zwischen EUROPA-WAHL und den Parteitag vor Jahresende 2019 sahen Umfragen für die Bundesebene ziemlich stabil CDU und GRÜNE als gleichstarke Zweierkoalition mit leichtem Vorsprung der CDU oder eine Mitte-Linksregierung von GRÜNEN, SPD und LINKEN als Minderheitsregierung von 45-48% unter grüner Führung vor. **Das Grundgesetz sieht in Art. 63. Absatz 4 die Möglichkeit der Wahl einer Kanzlerin/eines Kanzlers mit den „meisten Stimmen“, auch als Minderheit vor.** Solange die CDU bei ihrem Nein zur AfD bleibt und sich bei den GRÜNEN die Gegner einer Regierung mit der CDU durchsetzen, wozu derzeit, in der der „Krieg gegen die Klimazerstörung“ Thema Nr. 1 bleibt, große Chancen bestehen, ist eine **Mitte-Linksregierung die einzige Möglichkeit nach der nächsten Bundestagswahl ein Parteien-Chaos zu vermeiden.**

Unabhängig von Stimmenanteilen dieser drei Parteien untereinander, gibt es inhaltlich die größeren Schnittmengen hinsichtlich der gemeinsamen Hauptziele nach mehr sozialer Gerechtigkeit und gerechter Verteilung der ÖKOLOGISCH sinnvollen Arbeit, der Natur- und Klimarettung, die nicht mehr den jetzigen und künftigen Umwelt- Energie- und Rohstoffverbrauch einer Wirtschaft unter Wachstumszwang erlaubt und die den Weltfrieden unter den Bedingungen ausufernder ÜBERRÜSTUNG nicht mehr garantieren kann.

Je früher diese MITTE - LINKS - Minderheitsregierung die Diskussion über die ökonomischen Grundlagen eines Ausstiegs aus der an der Rentabilität, bzw. an der Profitrate des Kapitals orientierten Wirtschaft, die immer zu Lasten des ärmeren Teiles der Menschheit und zugunsten der Minderheit der Reichen, zur immer schnelleren Natur- und Klimazerstörung und zum offenen KRIEG ALLER GEGEN ALLE führt, umso früher kann sie AUSWEGE aus kapitalistischen Zwängen freilegen und in diesem Sinne können die im Antrag Giegold/Ströbele zum grünen Programm 2009 genannten Tauschringe und Regionalgelder, Handelsnetze, Bodengenossenschaften, Mehrgenerations-WGs in Kommunen, Bundesländern, auch in der EU, **erste Schritte sein, die aus der Vorherrschaft der Rendite- und Profitwirtschaft herausführen.**

In vielen Texten gehen wir auf eine Wirtschaft ohne Kapitalrendite- oder Profitrate als einer Wirtschaft des dritten Weges **jenseits des westlichen Privatkapitalismus**, der sich von Krise zu Krise hangelt und **jenseits des sowjetischen Ex-Staatskapitalismus ein**, der die grundlegende marxsche GELD- und ZINSTHEORIE **genauso tabuisierte**, wie Gesells GELD- und ZINSTHEORIE **im Westen tabuisiert wird.** In Nr. 87 der ALTERNATIVE gipfelt diese Diskussion im Text „Lenin ist nicht vom Kopf auf die Füße zu stellen, wie es Rudi Dutschke in seiner Promotion versuchte, vielmehr **schlug Lenin mit seiner NÖP von 1921, also vor 100 Jahren, den Sozialismus mit Übernahme des kapitalistischen HORT- und darum ZINSGELDES tot!**“ Fünf Texte des Verfassers zu „**Wer hat Recht, Marx oder Gesell oder beide?**“, ca. 130 S. zu € 10,-.

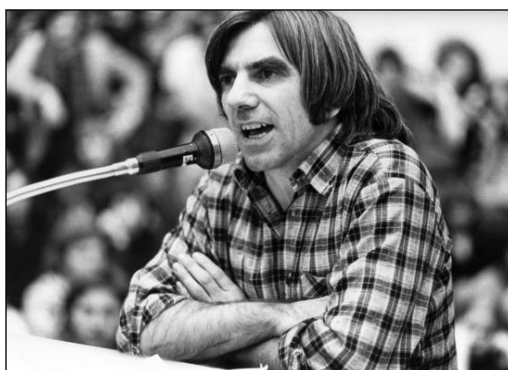
Zur Widerlegung der gesellschen Lehre sollte herangezogen werden: Liberalsoziale Erklärung zur Bundestagswahl 2005 - Alternative für alle Menschen und Völker 2016 - DRITTER WEG für die DDR/1990. G.Otto u. ALTERNATIVE DRITTER WEG -A3W 31079 Sibbesse, Gänseberg ll-alternative-dritter-weg@web.de

Vom marxistischen Revolutionär zum Sucher nach einem

DRITTEN WEG ? Zum 40. Todestag Rudi Dutschkes am 24. 12. 2019

Anlass dieses Berichts von Georg Otto ist eine Mail Werner Onkens v. 15. 11.: „Jemand sagte mir in den turbulenten letzten Wochen zwischen dem plötzlichen Tod Fritz Andres, Vorsitzendem der Stiftung für Geld- und Bodenreform, dessen Funktion ich noch übernahm und dem Sichten von Archivresten John Maynard Keynes in England mit Beate Bockting (INWO-Vorstand) und Thomas Betz (2. Vors. genannter Stiftung) -Verwertbare Texte zum Verhältnis Keynes zu Silvio Gesell werden bald veröffentlicht - Georg Otto könnte wissen, ob es Kontakte Elimar Rosenbohms zu Rudi Dutschke gab". Wurde ich mit Tristan Abromeit verwechselt ?, der evtl. dazu etwas weiß, weil er früher enge Beziehungen zu E.R. hatte, der Mitarbeiter des Bundesbankbüros Hannover war und über Geldpolitik und deutsch-deutsche Währungsunion schrieb. Werner Onken war und ist Redakteur der Wissenschaftszeitschrift der Geld- und Bodenreformer ZfSÖ - „Zeitschrift für Sozialökonomie" i. S. Silvio Gesells und gab seine „Gesammelten Werke" heraus. Was ich zu Onkens Frage weiß, hängt mit meiner Arbeit in den GRÜNEN zusammen und wird hier dargestellt. Sofern ich dazu auf Rudi Dutschkes Tagebücher 1963-79 zurückgreife, die ich nach Onkens Mail fand und nur am Schluss gelesen hatte, was einige Unterstreichungen zeigen, wird das erwähnt. Herausgeberin ist Duschkes Frau Gretchen, die Erstauflage erschien 2003 und als Taschenbuch 2005 im btb - Taschenbuchverlag. Weil ich Rudi Dutschke 1979 traf, stelle ich ihn mit einem Bild von 1978 auf S. 291 der „Tagebücher" vor.

Einer meiner Erstaufträge als Organisationsreferent des Parteivorstands der GRÜNEN war der GRÜNEN LISTE BREMEN über die 5% -Hürde zu helfen. Das geschah in 2 Wochen weniger in Zusammenarbeit mit dem dortigen Landesvorstand, sondern mit dem dortigen Kapitänrentner-Organisationschef Ludwig Pfannkuche, in dessen Händen die Kleinarbeit des Verteilens der Flugblätter und des Aufhängens der Plakate lag -und das möglichst im gesamten Wahlbereich und abgestimmt mit vielen Klein- und einigen Großveranstaltungen. Erschwert wurde die Arbeit durch die Konkurrenz der LINKEN LISTE, in der sich die Reste des jetzt auch in Bremen zersplitterten SDS zusammenfanden, wobei die KPD



führend mitmischte. In einer der Großveranstaltungen trat auch Rudi Dutschke als Redner für die Wahl der GRÜNEN LISTE ein, die es am 13. 10. mit 5,1% in die Bremer Bürgerschaft schaffte. Dutschke sprach schon im Vorjahr in einer von Olaf Dinnee, 1979 einer der grünen Spitzenkandidaten, organisierten eher linksorientierten Versammlung in Bremen und wurde von einer Bremer Gruppe in Dänemark besucht. Gretchen Dutschke merkt in ihrem ca. 50 Seiten Nachwort der Tagebücher an, dass das Leben in Dänemark „zu weit weg war von der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner Ich liebte Rudi den Revolutionär. Ich kannte ihn nie anders, und er sollte bleiben was er war. Aber nach dem Attentat (1968) hatte er Angst ein Revolutionär zu sein. ... Er mußte seinen Alltag zu Hause allein schaffen, damit er draußen gegen den Strom schwimmen konnte. Es gelang mir, er ging wieder in die Politik und tat sein zweiten großen Schritt, als er sich an der Gründung der Grünen beteiligte". Näheres sagt sie dazu nicht, außer dass sie schon 1978 planten nach Bremen umzuziehen.

Von Rudi Dutschke gibt es 1979 drei Tagebucheintragungen zur Europa- und Bremerwahl. Am 5. 2. 79 teilt Milan Horracek mit, „dass die GRÜNEN bei dieser Wahl doch mitmischen und von mir wissen wollen, ob ich mitmachen will - überhaupt wählbar sei, was bei meinem jetzigen Wohnort schwierig einzustufen sei -wohl als Deutscher im Ausland". Es folgt keine direkte Antwort. Horracek war/ist tschechischer Linker, weniger Ökologe, der von mir, Georg Otto, bei der Vorbereitung der Europawahl 1979 bei einigen Treffen wahrgenommen wurde. Als Landesvorsitzender der GLU- Niedersachsen und als komm. Bundesvorsitzender der GLU von ihren damaligen Landesverbänden Hessen, NRW, Bremen, Hamburg, der befreundeten GRÜNEN LISTE Schleswig-Holstein bei einer vorbereitenden GLU-Bundestagung im September 1978 anerkannt, wirkte ich für die GLU im Sitzungsausschuss des grünen Bündnisses zur Europawahl mit, das dazu nach dem Europawahlgesetz eine SPV- Sonstige Politische Vereinigung bildete, bei der die sich dazu zusammenschließenden Parteien und Verbände selbständig blieben. Zu diesem Zeitpunkt gab es noch einen Finanz- und einen Programmausschuss, in die jeder Partner 1 bzw. 2 Vertreter entsandte, die damals erst den Termin der Gründung der SPV und die Zahl der Delegierten jedes Partners festlegte: Letztes Wochenende im

März in Frankfurt - je 300 Delegierte der GLU, GAZ, AUD und je 50 der GRÜNEN-Liste Schleswig-Holstein, der IFU-Internationale Freie Universität und der Achberger Aktion Dritter Weg.

Am 12. 3. erfährt Rudi Dutschke von einem Beitrag der FR-Frankfurter Rundschau warum die Bürgerinitiativen ihn nicht als Kandidaten der Europawahl wollen: Sie fürchten Spaltungen und erinnern sich an die Auseinandersetzungen im Vorjahr in Hessen durch die Kandidatur Dannels. Dazu sagt Rudi: So ein Schwachsinn, darin liegt ja der Unterschied zu Danny und mir. Den Unterschied nennt er dann nicht. Es folgt dann ein Hinweis, der Artikel sei geschickt platziert worden. **Zur Sache kann ich sagen:** Der im Juni 1978 in Liebenau/Weser neu gewählte Landesvorstand der GRÜNEN LISTE UMWELTSCHUTZ -GLU forderte einstimmig die GRÜNE LISTE HESSEN auf, Daniel Cohn-Bendit als Spitzenkandidat zur Landtagswahl zurückzuziehen, sonst könne die GLU Niedersachsen, die das Namensrecht GRÜNE LISTE schon bei ihrer **offiziellen Gründung am 11.12. 77 in Hildesheim** beim Bundeswahlleiter sicherte, sie nicht als solche anerkennen und ihrem eigenen Landesverband Hessen als wesentlich schwächere Liste nicht empfehlen, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Ergebnis der turbulenten Wochen: Die linke grüne Liste und die konservative, vom CDU-Ökologen Dr. Herbert Gruhl gegründete GAZ- GRÜNE AKTION ZUKUNFT verloren mit je ca. 100 000 Stimmen die Hessen-Wahl. Die GLU konnte sich rechtzeitig zurückziehen, was mit Direktkandidaten nicht mehr klappte und Vorsitzender Wolfgang Truss im eigenen Wahlkreis ganz gut abschnitt. Die Namensfrage erledigte sich von selbst: Bei einer Fahrt meiner 12. Klasse nach München im Herbst traf ich die AUD-Spitze und einen GAZ-Vertreter und wir wurden einig, den Wählern das Gegeneinander verschiedener grüner Listen zur Europawahl 1979 zu ersparen, was die Linken, wer auch immer das damals war, mit der Parole „Scheiß-Europa“ bekämpften - auch bei uns in Hildesheim.

Am 11. 5. stellt Rudi Dutschke fest, dass die für diese Wahl gedachte linke Mobilisation nicht stattgefunden habe. Milan habe mit seinem Überoptimismus die Lage wohl falsch eingeschätzt. Wir wünschen ihm und den anderen trotzdem den Sprung über die 5%. Am 12. 5. folgt der Eintrag die Bremer Freunde sind gekommen, zu ihrem Angebot dort bei der Wahl im Herbst mitzumischen, erfolgt ein Eintrag: Weiß nicht. Außerdem rate Hermann Bergengrün, (Linkspastor in Sarstedt/Hildesheim - G. O.) nicht bei den GRÜNEN mitzumachen, sie seien viel zu parlamentarisch. Ende Juli 1979 gibt es Eintragungen zum Tode führender Lehrer. Nach längerer Krankheit verstarb der US- Philosoph Herbert Marcuse am 29. 7. in Deutschland, der 1966 mit seinem Buch „Repressive Toleranz“ zum Idol der studentischen Linken wurde. Rudi gedenkt des Todes von Ernst Bloch am 4. 8. 1977 „Es gehört zu unseren Pflichten ihre Geschichte, ihr politisch-theoretisches Denken neu zu vermitteln. **Damit hört das Tagebuch ohne Angabe von Gründen auf. Auch ohne Hinweis auf seinen Gesundheitsstand, der ihm nach dem Attentat mit 3 Kopfdurchschüssen (April 1968), einem langen Heilungsprozess immer wieder zusetzte, so dass er in seiner Denkarbeit immer wieder gehemmt wurde.**

Wir wissen also nicht, wie er seine Wahlhilfe für die Grünen in Bremen selbst beurteilte. Noch 1977/78 setzt er sich im Tagebuch mit dem Kleinkrieg der Nachfolgegruppen des SDS - Sozialistischer Deutscher Studentenbund auseinander, der in der Zeit von 1964 -1968 seinen Höhepunkt an Ausstrahlung auf die Studentenschaft erreichte und er dabei mitwirkte. Das zeigt, dass er sich im Grunde nicht vom marxistischen Grundcharakter seiner Arbeit löste. Seine Frau sah es so: „Einerseits hoffte Rudi eine Antwort zu finden, warum die Revolution in Rußland ihre Ziele nicht erreichte. In seiner Doktorarbeit „Versuch, Lenin vom Kopf auf die Füße zu stellen“, fand er eine Antwort, als er die Kategorie der asiatischen Produktionsweise entdeckte“. Näher geht sie nicht darauf ein. Auch R. D., der seinen Kampf um die Veröffentlichung bei Wagenbach schildert, geht inhaltlich nicht darauf ein. Da ich in der Leninschen Wiedereinführung des kapitalistischen HORT- und daher ZINSGELDES in der NÖP-Neue Ökonomische Politik 1921 die Ursache sehe, **dass in der SU eben kein Sozialismus, sondern nur Staatskapitalismus zu erreichen war**, werde ich nächstes Jahr ebenso einige Tage zusammenkratzen, Dutschkes Doktorarbeit zu lesen, wie ich jetzt einige Tage für diese Dutschke-Arbeit frei schaltete und die **Herausgabe Nr. 86 der ALTERNATIVE erneut verschob**. Immerhin jährt sich am 24. Dezember sein 40. Todestag als Spätfolge des Anschlags von 1968.

Wir können nicht erfahren, warum er beim sog. Auflösungsparteitag der GLU-Niedersachsen Ende Nov. 1979 am liberalsozialen Infostand auftauchte und sagte, er wolle sich jetzt endlich mit Silvio Gesell auseinandersetzen. Er erhielt von mir die Natürliche Wirtschaftsordnung Gesells, das Buch Klaus Schmitts „Gesell, Marx der Anarchos“ eine Arbeit H. Creutz und meinen „Widerspruch zw. Mehrwerttheorie, Grundlage des in der SU gescheiterten Sozialismus und der Geld/ Zinstheorie von Marx-Grundlage eines Sozialismus in Freiheit“, **das jetzt nicht nur den Linken den Weg aus der Zinsumklammerung zeigen soll**.
G. Otto: alternative-dritter-weg@web.de.

Nichts Neues an der Währungsfront! Unterschied der Krisenpolitik Draghis und einer stabilen Konjunktur mit Umlaufgeld nach Silvio Gesell.

Angelehnt an den Titel des Antikriegsbuches nach 3 Jahren Stellungskrieg „Im Westen nichts Neues“ von Erich-Maria Remarque, können Freunde wie Gegner der Geldpolitik des scheidenden EZB-Präsidenten Mario Draghi den Wechsel zu seiner Nachfolgerin Christine Lagarde charakterisieren, nachdem diese in ihrer Vorstellung vor dem EU-Parlament sagte, dass sie grundsätzlich die Geldpolitik Draghis fortsetzen wolle. Zwar verbrämte sie ihre Linie, sie solle moderner, bürgernäher und grüner werden. Doch überzeugte sie den grünen Geldexperten Sven Giegold nicht, dass die EZB eine grüne Umwandlung der Wirtschaft, Transformation nennt man das heute, mit der jetzigen Geldpolitik wesentlich fördern werde, (lt. TAZ v. 5. 9. 19), auch nicht nach ihrer Verbeugung, die Klimakrise geldpolitisch zu berücksichtigen. Wie der Stellungskrieg an allen Weltkriegsfronten zu hohen Verlusten aller führte, **so enteignete die Geldpolitik der EZB vor allem kleine und mittlere Sparer mit Niedrigzins** ohne dass der Kreditzins für Unternehmen - außer staatlicher Förderung - wesentlich sank und weiterhin von der Wirtschaft an ihre Kunden und von diesen an die Endverbraucher weitergegeben wird, so dass sich in allen Preisen ein Zinsanteil für das Geldkapital von 30 - 40 % einnistete. **Auch hier nichts Neues an der Währungsfront durch Wechsel an der EZB-Spitze: Nach wie vor hat das Finanzkapital Vorrang vor dem Industriekapital und das Kapital insgesamt vor der Arbeit und ihrer Entlohnung.**

Damit ist ein Teil der Geldpolitik Draghis erklärt. Wir ergänzen hier aus seiner vorverlegten Abschiedsrede vor dem EZB-Rat am 12. 9. 19, vor dem er die Fortsetzung des Ankaufs von staatlichen und wirtschaftlichen Anleihen in Höhe von zunächst 20 Mrd. € im Monat und die Erhöhung der **Parkgebühr der Banken** - damit umgehen wir den auch von Anhängern Gesells kritisierten **Begriff „Strafzins“** - von - 0,4 auf - 0,5%, wenn sie Geld bei der EZB einlagern und sein 3. Standbein, die Beibehaltung des Diskont - Leitzinses von null Prozent **mit der weltweit abflauenden Konjunktur begründet**, wobei Nachfolgerin Lagarde vor dem EU-Parlament **„die Gefahr einer Rezession etwa in Deutschland“** sieht, was mehr als Draghis nur „abflauende Konjunktur“ ist! Nur ist diese Politik schon fünf Jahre alt und die BRD ist noch immer Exportweltmeister - allerdings auf Kosten südlicher, auch westlicher Länder, zu denen auch ihr Frankreich gehört. Ob diese Politik im 5. Jahr endlich Früchte trägt, werden die Daten für das Gesamtjahr 1919 ergeben. Lt. dpa bezweifeln schon jetzt „Kritiker, dass die EZB mit weiterer Verschärfung ihrer seit Jahren ultralockeren Geldpolitik ihr Ziel erreichen wird „im Euroraum die Wirtschaft anzukurbeln und die seit Jahren niedrige Inflation nach oben zu treiben“. Ihre Zielmarke ist knapp 2%. Die Bundesbank brauchte in den 60er Jahren 3% „dosierte“ Inflation, um Geld aus sich füllenden Geldhorten in Wirtschaftsanlagen zu treiben, weil **die Rentabilität von Investitionen in bedenkliche Nähe von 3% sank**. Hat die EZB nicht, wie John Maynard Keynes von Silvio Gesell gelernt, dass bei sinkender Kapitalrendite das große Kapital an weiteren Investitionen nicht interessiert ist und Geld lieber zurückhält, also hortet, mehr nach Keynes, **den Vorteil der Liquidität, jederzeit einsatzbereit zu sein, vorzieht. Je mehr das tun, kippt die abflauende Konjunktur tatsächlich in eine Rezession, in die Krise mit steigender Arbeitslosigkeit um**. Und wies nicht sein Vertreter **Benoit Couree** 2014 vor der Geldmarktkontaktgruppe der EZB vergeblich **Mario Draghi auf Gesells „Idee negativer Zinsen durch besteuertes Geld“ unter Bezug auf seine Förderer Keynes und Fisher hin, mit UMLAUF GELD Europa aus der Krise zu holen? Gesells direkte Umlaufgebühr auf gehortetes Geld braucht niemand zu zahlen, der Geld verschenkt, ausleiht, investiert!**

Weitere Unterschiede der im Scheitern befindlichen Politik Draghis/Lagardes von einer Politik mit Gesells Umlaufgeld ?

Es ist davon auszugehen, dass Umlaufgeld zu den von Gesell und einigen Wissenschaftlern erwarteten Ergebnissen führt. Versuche bestätigen das: In der Weltwirtschaftskrise wurden in der abgesoffenen Kohlengrube Schwanenkirchen/Bayern mit Kredit von 50.000 WÄRA eines deutschlandweiten Tauschrings 60 Bergarbeiter eingestellt, mit WÄRA bezahlt, die in der Region anerkannt wurde. Es entstand dort eine Konjunkturinsel. Statt reichsweiter Ausdehnung wurde die WÄRA durch Notstandsgesetz der Regierung Brüning auf Druck der Reichsbank verboten. Daran geschult führte die Gemeinde Wörgl/Tirol 1933 Umlaufarbeitsscheine für Notstandsarbeit ein. Die Scheine wurden von Geschäften angenommen, die bei der Gemeinde Steuerschuld abtrugen, die damit Brücken u. Straßen baute und in 1 Jahr die Arbeitslosigkeit von 400 auf 300 = 25% senkte. Nach einem Kongress in Wien wollten 150 Gemeinden = 1/3 Österreichs Umlaufarbeitsscheine einführen, was die Nationalbank per Gericht verbieten ließ. In beiden Fällen wurde die **Funktionsfähigkeit von Umlaufgeld bewiesen, Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt, während sie weltweit stieg. Hitler war in beiden Ländern zu stoppen, die Krise ohne Rüstung = ohne Krieg zu überwinden. Gesell erlebte beide Versuche nicht mehr. Er starb 1930 an einer Lungenentzündung.**

Jetzige Wissenschaftler beziehen sich auf das Modell Wörgl: Irving Fisher, vom Mitarbeiter HR. Cohns darauf hingewiesen, bat einen Schweizer Freund vor Ort Näheres zu erkunden: Nach dessen Bericht bekannte er: „Ich bin ein bescheidener Schüler des deutsch-argentinischen Kaufmanns Gesell. Mit seinem Umlaufgeld ist die US-Krise mit 13-14 Mill. Arbeitslosen in wenigen Wochen zu lösen“. Genauer Text in seiner kleinen Schrift „Stamp Scripts“ gestempeltes Geld, das der Autor nicht mehr findet. Viele Infos zu Gesell finden sich in „Feste Währung“ 350 S. 1937 in deutsch, **als Gesell-Organisationen längst vom NS-System verboten waren. Über Prof. Fisher erhielten heutige Ökonomen Zugang zu Wörgl und Gesell** und empfahlen Nachahmung bes. in der griechischen Krise, so Robert Skidelsky, Keynes Biograph, Miles Kimbel, Vordenker f. Negativ- Zins - Uni Michigan, George Monbiot, Kolumnist des „Guardian“, Dazu gibt es den Text „Experten entdecken Umlaufgeld“, Rückseite Zitate aus Keynes Hauptwerk, die Gesell bestätigen, gesammelt von Helmut Creutz. Der heutige Sardex auf Sardinien beruht auf dem Vorbild Wörgl.

Die Erfolge beider Kurzversuche lassen folgern: Arbeitslosigkeit ist bis null zu senken, **wenn Geld nicht mehr zu horten ist.** Bei Unrentabilität von Investitionen ab ca. 3% **können** Geldverleiher ihr Kapital zwar mit Aktienverkauf mit Verlusten ablösen, aber keine Krise mit dem erhaltenen Geld auslösen, das ja unter Umlaufzwang steht. Mit weiterer Konjunktur steigt die Kapitalbildung - auch Arbeitende können Kapital bilden. Unter diesem Druck **sinkt der Zins in Richtung null und Arbeitslöhne steigen auf den vollen Arbeitsertrag.** Gegen eine Sabotage des Kapitals hat die Umlaufgeld-Notenbank mindestens eine **Ersatzgeldmenge** in den Panzerschränken ihrer Regionalbanken. So kann sie sofort die Geldmenge - oder Teile davon, ungültig erklären. **Das Erreichen eines um null pendelnden Zinses, damit die gewaltfreie Überwindung des Kapitalismus in eine von Ausbeutung und Kapitalherrschaft freie Ordnung ist bei Wegfall der Geldhortung nicht zu stoppen. Vielmehr müssen Finanzkapitalisten den Zinsast, auf dem sie bisher durch GELDHORTUNG saßen, durch den Investitionszwang des Umlaufgeldes, selbst absägen.**

Mit Auflösung des **Urmonopols der Geldhortung durch Umlaufgeld** und des **Urmonopols der Bodensperre** lösen sich auch die Sekundärmonopole der Großkonzerne und Kartelle durch das jetzt freie Auftreten von Wettbewerbern auf, die bei bis um null sinkendem Kreditzins überhaupt erst marktwirtschaftliche Chancen bekommen. Neben genannten Ökonomen, die Gesell anerkannten, soll der Ex-Leiter des Weltwirtschafts-Instituts Kiel, Prof. Harms, gesagt haben, Gesell ist **nicht zu widerlegen, nur abzulehnen.** Leserinnen sollten zum Widerlegen auch die 300-jährige Blütezeit der Hanse und Gotik von 1150-1450 heranziehen, die auf dem UMLAUF-BRAKTEAT-GELD von Erzbischof Wichmann von Magdeburg beruhte, das nur den Steuereingang bei **2x Umprägen i.J. bei 25% vorheriger Steuer vor der Arbeit sichern sollte und nebenbei die Bürger zwang das Geld innerhalb 1/2 Jahr durch Käufe, Verleihen bei immer weniger Zins durch dieses Zwangsangebot von Geld oder durch Verschenken auszugeben, was die Dauerkonjunktur für 300 Jahre von 1150 - 1450 sicherte.**

Näheres zur Wirtschafts- Sozial- und Kulturblüte des Hochmittelalters, des damaligen Brakteatengeldes, das Dünngeld = Braktea und Brechgeld = breken als Kleingeld bedeutet und des Rückfalls in den „ewigen hortbaren Pennig" in die superkrasse Zinswirtschaft der Großbanken der Fugger, Welser, Höchststetter, u.a. um 1500, die eine europ. Krise mit 30-jährigem Krieg auslöste, erschien als „Dritter Weg der Brakteaten zwischen Feudalismus und Kapitalismus" in Nr. 85 „ALTERNATIVE -DRITTER WEG", liegt teils bei. Dazu gibt es mehrere Texte, auch zur Sach-Zinsanalyse Luthers.

Zu den aktuellen Auswirkungen der uferlosen Geldvermehrung der EZB:

Diese fand seit 2015 durch Anleihekäufe, zeitweise bis zu 60 Mrd. statt und soll jetzt mit 20 Mrd. € je Monat fortgesetzt werden. Zusammen waren es 2,6 Bill. €, die weder Europas Arbeitslosigkeit senkten, noch zu der von der EZB erstrebten Inflationsrate von knapp 2% führte, die sie für nötig hält, dass Geld in Arbeitsplätze investiert wird. Wo das viele Geld blieb, wurde nie gefragt, auch nicht von der Politik. **Die BB-Bundesbank gab einmal zu, dass 60-70% der BRD-Geldmenge nicht umliefen, sondern gehortet wurden.** Das war 2009 im Juni-Bundesbankbericht für das Hauptkrisenjahr 2008 mit vielen Bankenkrachs, die vom Steuerzahler - ungefragt durch die Politik - aufgefangen wurden und viele Arbeitskräfte 2012/13 ihre Arbeit verloren. Eine Milderung gab es durch 100.000 Kurzarbeiter, für die die Agentur für Arbeit, also der Steuerzahler, 60% des ausgefallenen Nettogehalts zahlte. Jetzt soll lt. IFO-Institut die Zahl der Kurzarbeiter diesen Stand erneut erreicht haben und bis Ende 2019 führen 12,3% befragter Betriebe Kurzarbeit ein. In Niedersachsen hat lt. **Arbeitgeber Metall** jedes vierte Unternehmen diese oder will sie beantragen: „**die Signale für Fortdauer der Krise bis weit nach 2020 verstärken sich**". Führende Institute sehen im Herbstgutachten nur noch 0,5% Wachstum für 2019, - 0,3% weniger als im Frühjahr und halten „**Festhalten an der schwarzen Null für schädlich. So spare man dem Abschwung hinterher.**" Kritik an der EZB taucht nicht auf und es wird noch nicht verlangt Geldhortung nicht mehr zuzulassen - auch von der Politik gab es keinen Einspruch als die BB damals diese enorme Geldhortung zugab. Heute, 5.10.2019, meldet der Verband Maschinenbau 17% weniger Bestellungen, 12% aus dem Inland, 19% aus dem Ausland, was für 2019/20 ein **Produktionsminus von je 2% erwarten lasse.**

Deutsche Zentralbanker sind frustriert - nicht nur von Draghi, sondern von der EZB-allgemein, was der „SPIEGEL" im Rücktritt Sabine Lautenschlägers aus dem EZB-Direktorium einen „Tiefpunkt der besonderen Tradition deutscher Geldpolitik" nennt. Bereits 2011 verzichtete der damalige Präsident der BB Axel Weber auf den Chefposten der EZB. Danach legte EZB-Chefvolkswirt Jürgen Stark das Amt nieder. Es folgte Jörg Asmussen und jetzt Sabine Lautenschläger. Hatte bei den Männern allgemeine Unzufriedenheit Vorrang, kritisierte sie die letzten Beschlüsse, die die alten waren, Zinsen zu senken und Anleihen zu kaufen. Nur Jens Weidmann, jetziger Bundesbankchef, halte „eisern seinen Kurs". Der Frust liegt auch daran, so der Autor, dass mit dem Franzosen und Italiener, jetzt wieder eine Französin, aber noch nie eine Deutsche oder ein Deutscher an der Schaltstelle der EU- Währungspolitik stand und an der „besonderen deutschen Tradition der Geldpolitik". Der "Spiegel" meint damit wohl deutsches Festhalten an Währungsstabilität gegen die lockere Geldpolitik der EZB. Dabei gelang es der BB, früher Bank Deutscher Länder, nie die Kaufkraft der DM stabil zu halten. Der verstorbene Geldanalytiker Helmut Creutz berechnete: Eine DM, gespart 1948 bei ihrer Einführung, **konnte nur für 27 Pfennig Waren kaufen, als sie dem EURO weichen musste.** Der Autor gab dazu den Text von „**der guten alten DM**" heraus, der allen, die von der stabilen DM träumen, die Augen öffnet und damit sind wir bei der Grundfrage, was besser ist: **Statt EURO massiv zu horten als Antwort der vom Geldsegen der EZB Beglückten auf die wieder sinkende Kapitalrendite oder es als Umlaufgeld ausgeben zu müssen, wie es ein Kinderlied fordert: Geld muss wandern - von der einen Hand zur anderen! Dann stifte Geld Segen, Festgehalten führe es zum Wirtschaftskollaps. Zwar sinkt mit Umlaufgeld der Sparzins auf um null, aber auch der Kreditzins und dann sinkt der Zinsanteil in den Preisen, jetzt 30-40% auf null und die Löhne steigen bei fester Konjunktur auf 100% des gesamten vollen Arbeitsertrages und damit zum Ende der Zinsausbeutung des Kapitalismus! G.Otto, 31079 Sibbesse, Gänseberg 11 - alternative-dritter-weg@web.de . Weitere Details nächste Seite.**

Wie „gut“ war die „gute, alte DM“ in Bezug auf Kaufkraft, Arbeitslosigkeit und Konjunktur, Zins, Spaltung des Volkes in Zinsempfänger und Zinszahler. Die Zahlen stellt Georg Otto in Vorträgen des Arbeitskreises DRITTER WEG in der VHS Hildesheim und anderenorts vor.

Kaufkraft der DM: Nach einer Graphik des Geld-Analytikers Helmut Creutz verlor die DM 35 Jahre nach ihrer Einführung 1948 eine Kaufkraft von 72 Pfennig. Für die Zeit des Umtausches in den EURO 2002 gibt Wiki-pedia auch den Kaufkraftverlust der DM auf „etwa ein Viertel“ an. Eine 1948 gesparte DM kaufte nur noch für 25 Pfennig Waren. In der Erinnerung vieler Deutscher wird sie wegen ihrer angeblichen STABILITÄT geschätzt.

Arbeitslosigkeit u. Konjunktur: Nach Abbau der Nachkriegsarbeitslosigkeit herrschte von 1960 bis 1970 Vollbeschäftigung mit ca. 200.000 Arbeitslosen. Ausnahme: Die kl. Rezession 1967 mit 600.000. Dann begann die „**Endkrise des Kapitalismus**“, die bereits ab 1975 von der Bundesbank -BB definiert wurde als: „Die Wirtschaft nutzte die von der BB zur Verfügung gestellte Geldmenge nicht voll aus.“ Auf deutsch: Geld wurde gehortet, die Krise ausgelöst, die **seither Dauerkrise ist und es als DM auf 4,5 Mill. Arbeitslose brachte.**

Die von G.O. in Vorträgen benutzten Graphiken von H. Creutz, zeigen deutlich, dass die Bundesbank Ende der 70er, Ende der 80er und Mitte der 90er Jahre die über Exportüberschüsse einströmenden Devisen als „**importierte Inflation**“ mit dem **Holzhammer von Hochzinsphasen** einzudämmen versuchte, die über **Zinsanstiege** die Konjunktur abwürgten. **Alles mit der guten alten DM! Den letzten Arbeitslosenrekord verbuchte 1997 Helmut Kohl mit 4,38 Millionen, aber auch den ersten Stabilisierungsgewinn von 1998 mit „nur noch“ 4,28 Mill.,** den rein statistisch schon rot-grün in Anspruch nehmen konnte, obwohl erst im Oktober die Amtsübernahme begann und der neue Finanzminister Lafontaine gab noch vor Jahresende im Streit mit der Bundesbank, das Amt auf. Damit fiel der SPD-Minister aus, mit dem der Koalitionsvertrag in Punkt Frieden auf dem Balkan und Atomwende realisiert werden konnte. Dann setzte sich die Industrie durch und es kam zum Kompromiss mit AKW-Restlaufzeiten und rot-grün führte den NATO-Krieg auf dem Balkan mit, was die erste Austrittswelle aus den GRÜNEN auslöste, auch seitens führender Vertreter der Geldreformer wie Helmut Creutz und für die neuen Länder Michael Rost. Der Autor legte aus Protest eine Parteipause ein und nahm seine Reformarbeit mit dem Grundlagenprogramm von 2002 wieder auf.

Hier ist einzufügen, dass die BB/EZB mit der letzten Hochzinspolitik auch zur normalen (Niedrig)-Zinspolitik überging, was bedeutete, dass ab jetzt die Rentabilität des Kapitals, der Fall der Profitrate oder die gegen null sinkende Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals Zins oder Mehrwert zu erpressen, über Konjunktur und Krisen wie im Vorkriegs- und Vorkrisenkapitalismus (das war die 1. Weltwirtschaftskrise) entschieden. Diese Krisenursachen, wie sie ziemlich gleichlautend von Karl Marx, Silvio Gesell und diese bestätigend von John Maynard Keynes entwickelt wurden, werden in Veranstaltungen von G. Otto erklärt.

Rot-grün hatte Glück im Konjunktur-Aufschwung ans Regieren zu kommen, was sogar Eichels Steuerreform 2001 erlaubte, die typisch „neoliberal“ Einkommensmillionären höhere Steuer-Gewinne zuschob als Normalverdienern. Das reichte aber nicht, die sinkende Rentabilität des in der Produktion eingesetzten Kapitals hinauszuschieben und bereits 2002 - also jetzt mit dem neuen Euro - steigerte rot-grün H. Kohls Rekord auf über 4,4 bis 4,5 Millionen Arbeitslose. Es wurde auch mit Zahlen gepanscht und verschiedene Gruppen nicht mehr gezählt und in 8 Jahren Merkelstatistik kamen z. B. ca. 1,6 Mill. sog. Aufstocker, die durch Arbeit weniger verdienen als die unter rot-grün neu geschaffenen HARTZ IV- Bürger - als Arbeiter mit „prekären“ Arbeitsverhältnissen, hinzu. Jedenfalls Vorsicht mit den etwas unter 3 Mill. gesunkenen Arbeitslosen der Kanzlerin: Sie basieren auf deutschen Exportplus-Arbeitslosen in Südeuropa!

STAATSVerschuldung: Willy Brandt übernahm 1969 mit Walter Scheel für rot-gelb 117,9 Mrd. DM Staatsschulden und steigerte sie im Rahmen der Nachfragepolitik auf 620 Mrd. DM. Die „Neoliberalen“ aus CDU und FDP steigerten sie **vor der Einheit 1990 auf 1053 Mrd. DM, fast doppelt soviel wie die von der SPD übernommenen 620 Mrd. Staatsschulden! Später wurde der starke Anstieg der Staatsschulden unter H. Kohl oft mit den Kosten der Einheit begründet. Ein großer Teil des Anstiegs fand aber bereits vorher statt.**

ZINSEN und Herrschaft der ZINSKASSIERER über die ZINSZÄHLER. Die Folie von H. Creutz mit dem Nettozinsanteil am BIP und an den Vermögen von 1950, 1960, 1970, 1982 und die Folie von 1997 zeigen sehr deutlich: Bereits 1950 flössen 25 Mrd. vom Gesamtvermögen von 530 Mrd. als 13% des BIP (damals noch BSP) in die Hände der Zinskassierer, derjenigen, die Überschüsse der Einkommen in Aktien der Wirtschaft, in Bundesanleihen des Staates zinsbringend anlegen konnten. 1997 waren es 800 Mrd. DM eines Gesamtvermögens von 16 Bill. DM = 26% des BSP, die in die Hände von ca. 10% der Reichen und Superreichen flössen, für die diese das ganze Volk, ca. 80%, Zins zahlen ließen. Auch Nichtverschuldete und Rentner müssen die Zinsen mitzahlen, denn d. ZINSEN der Schulden stecken zu ca. 30% in den Preisen der Waren und Steuern!

EGAL ob DM oder EURO! Solange Geld gehortet werden kann, kann es von der Wirtschaft, von Unternehmen und Arbeitern, wie von Verbrauchern ZINS erpressen. Wir brauchen ein Geld, das nicht mehr gehortet werden kann und das ohne ZINSBEDINGUNG umlaufen muss, wie es das Kinderlied verlangt: Taler, Taler, du mu s t wandern, von dem einen zu dem andern. Dann stiftet GELD bei ZINS um NULL Segen.

Bitte Themenliste von G. Otto anfordern: alternative-dritter-weg@web.de - www.alternativcn.biz

MEHR GERECHTIGKEIT! Wir brauchen eine neue Bodenordnung -nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar!

Das ist der Titel des neuen Buches von Dr. Hans-Jochen Vogel, das vom Herder Verlag jetzt vorgestellt wurde. Prof. Dr. Dirk Löhr, der auch Mitglied der von der Bundesregierung einberufenen Kommission für Bauen und Wohnen ist, hielt den Einführungsvortrag, der von Experten und dem interessierten Publikum stark besucht war. Er würdigte die Lebensarbeit des im 93. Lebensjahr stehenden Dr. Vogel als Streiter für eine neue Bodenordnung, in der die Regeln des Marktes dem Gemeinwohl unterzuordnen sind.

In der SPD-Zeit des Autors Georg Otto, der 1969 in die Partei eintrat, um mitzuwirken, dass ihr Vorhaben Raumordnung

der Inneren Reformen nicht an den Finanzen scheitert, war HJ. Vogel der einzige der SPD-Führung, der auf seine Eingaben einging, damals auch auf die Forderung mit freien Wechselkursen den aus dem Exportüberschuss stammenden Inflationsimport zu stoppen. Erwähnt werden sollte auch der enge Kontakt mit Münchener Anhängern Silvio Gesells um Arthur Rapp und dass ihr noch rechtzeitig die DDR verlassender Bodenrechtler HKR Müller mit seiner Forderung nach Absteuerung des Bodenwertzuwachses engen Kontakt mit SPD-Bodenrechtlern hatte.

HJ. Vogel beginnt mit einem Rückblick auf die Bodenlage nach dem Kriege. Lt. Statistik von 1969 haben die Bodenpreissteigerungen Münchens rund 900 Mill. DM gekostet. In einem Vortrag vor Leuten, die fast täglich mit der Finanzierung lebensnotwendiger Investitionen zu tun haben, sagte er: „Sie wissen, wieviel Schulen, Krankenhausbetten, Altenheimplätzen Sie für diesen Betrag schaffen könnten. Eine verschwindende Minderheit wurde maßlos reich. Wir Normalbürger finanzieren Millionengewinne durch Steuern und Verzicht auf dringende Einrichtungen der Daseinsfürsorge“.

In den Folgejahren arbeitete HJ. Vogel als Bundesminister an einer Novelle zum Bundesbaugesetz. Sie enthielt noch keine Aufspaltung in ein Bodenverfügungs- und Nutzungseigentum zur Stärkung der Gemeinden in der Wohnraumpolitik, weil das ebenfalls in SPD-Hand befindliche Justizministerium mit seinen Vorarbeiten im Rückstand war. Ebenso fehlten Bodengewinnsteuern, weil das Finanzministerium davon Bodenpreissteigerungen befürchtete. Immerhin gelang die Erweiterung des kommunalen Vorkaufsrechts, Verbesserungen der Bau- Nutzungs- Abbruchs- und Erhaltungsgebote und eine Planungsgewinnabgabe, die der Koalitionspartner FDP aber nur bis 50% mittrug, was dann 1974 nach zähen Verhandlungen Gesetz wurde. Danach, so Vogel, „verschwindet das Thema allmählich von der Tagesordnung“, bis es ihm gelingt, dass in den Koalitionsverhandlungen zur dritten GRO-KO die Bildung der schon erwähnten Kommission erfolgte, der aber auf Betreiben der CDU untersagt wurde, dass „weitere Verschärfungen der Eingriffe von Kommunen in Eigentumsrechte durch Gestaltung auf Bundesebene“ nicht verfolgt werden.

Mit dieser unvollständigen Buchvorstellung, die der Autor vertiefen will, soll die Debatte über eine sozialökologische, friedenspolitische Bodenordnung eingeleitet werden, z. B. kann Prof. Löhr über seine Erfahrungen in der Regierungskommission berichten. Dr. Vogel schließt sein Buch ab: „Es besteht kein Zweifel, dass „es beim Bodenrecht um eine fundamentale Reform zur Erleichterung und Humanisierung unseres Lebenszusammenhanges geht, das seit langem überständig ist“, Willy Brandt. Das Buch ist zu € 13 m.Porto auch bei A3W zu bestellen: alternative-dritter-weg@web.de



Hans-Jochen Vogel, Dr. jur., geb. 1926, war Oberbürgermeister von München und Berlin, Bundesminister für Bauwesen,

und Städtebau und SPD-Vorsitzender

Zur aktuellen Lage der Debatte um die Boden- und Wohnrechtsreform, die inzw. vom wertkonservativen bis linken Lager reicht:

So schrieb Dr. Ippen in seiner Kolumne v. 22. 6. 19 in den Zeitungen seiner MM-Münchener Merkur-Gruppe, „das Angebot bezahlbaren Wohnraums würde zwangsläufig steigen, wenn Bauvorschriften auf ein vernünftiges Maß zurückgefahren würden“; was zu "Verdichtungen an Bauland in großen Städten führen würde". Er bezieht sich auf Berlin mit großen Brachflächen. A3W ergänzt, das müsse durch Steuern auf Brachflächen in Privathand und Baugebote bei öffentlichen Flächen ergänzt werden. Gerade in Berlin führte der Mangel bezahlbarer Wohnungen zu einer Initiative, die den Kauf großer Wohnraumkonzerne durch die Stadt fordert und dazu eine Unterschriftensammlung durchführt und sich auf die Sozialpflichtigkeit des Eigentums beruft, das lt. Art. 14 Grundgesetz (GG) auch Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit vorsieht. Genau dies fürchtet die Stadtregierung aus SPD, GRÜNEN und LINKEN, weil dann hohe Entschädigungen der Konzerne gerichtlich zu erfechten drohen. Die Stadt will dem mit Mietstopp für einige Jahre entgehen, wird doch mit Zahlungen von 28 bis 36 Mrd. € gerechnet. Ob mit Mietdeckelungen/ Mietstopp die steigende Wohnungsnot zu bekämpfen ist, ist umstritten und wie Dr. Ippen unter dem Thema „Teures Heim in deutschen Städten“ zu recht fürchtet, ziehen Eingriffe des Staates immer weitere und teure Eingriffe nach sich. Das gilt für Kommunen/Polizei, die jetzt aus Sicherheitsgründen sogar die Lichtbilder für Ausweise/Pässe selbst machen sollen und Arbeitsplätze und kleine Fotogeschäfte gefährden. Das befürchtete der staatsversessene Philosoph Platon im Altertum, der ein allumfassendes Staatsverständnis und Monopole, ob staatlich oder privat, vor allem über Boden und Geld vertrat, während 300 Jahre später Aristoteles aus der Geschichte der griechischen Stadtstaaten lernend, die Geld- und Bodenzins auslösenden Geld- und Bodenmonopole bekämpfte.

Das neue Vorstands-DUO der SPD, aber auch die JUSOs setzen sich für Bodenrechtssteuern, auch für Vergesellschaftungen von Boden und Produktionsmitteln ein und berufen sich auf den Art. 15 GG, auf den auch Dr. Vogel im Buch hinweist und ihn "**vergessenen" Verfassungsartikel**" nennt und zitiert: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Ich übergehe für den hier von mir erfolgten Zweck Vogels verfassungsrechtliche Bedenken, die er für seine eigenen im Buch näher erläuterten Vorschläge nicht sieht und versuche in aller kürzestem Umfang anzureißen, warum nicht nur SPD-Wünsche, die über Regelungen der GRO-KO hinausgehen und die sie vermutlich bis 2021 in Kauf nehmen, auch weil sonst neue und alten Kräfte in der SPD auseinanderbrechen könnten, finanzpolitisch erst möglich werden, wenn mit einer grundlegenden Bodenrechtsreform, die auch über Dr. Vogels Reformen hinausgehen, im Ziel- Mittelbereich Silvio Gesells liegende Reformen des Bodens durch seine Geldreform machbar werden: Gesell wollte die Böden durch den Staat zurückkaufen und mit frei verzinslichen Staatspapieren bei stabiler Währung ohne Inflation und ohne Deflation bezahlen. Da die die gesellsche Umlaufsicherung des Geldes mit einer Umlaufsicherungsgebühr, man darf sie auch **Geldsteuer nennen, die aber nur die zu bezahlen haben, die zu wenig Geld verschenken, zu wenig kaufen, zu wenig sparend investieren und damit Arbeiter arbeitslos machen.** Sinkt bei umlaufendem Geld = guter Konjunktur **der Zins in Richtung null**, so können auch Arbeiter mehr sparen und **Produktionsmittel in Arbeiterhand schaffen!**

Auch der Zins für Staatspapiere zum Aufkauf der Böden sinkt auf null, die jetzt zurückzukaufen sind, ohne dass die Staatsgläubiger einen Pfennig durch Inflation verlieren, weil mit Umlaufgeld **erstmalig die Geldmenge genau der Warenproduktion anzupassen ist.** Und weil mit dem Zins null die Arbeitslöhne auf den **vollen Ertrag der Arbeit steigen-** weil der Geldzins null wird - **wird der Kapitalismus überwunden und ein freier Sozialismus erreicht.** Und der Boden - Lebensgrundlage aller?: Der Bodenzins den Erziehenden, meist Müttern **als Erziehungsgeld, als ihr GRUNDRECHT! Das ist noch mehr wert als ihr Wahlrecht!**

Jetzt wird möglich, was Erneuerer der SPD wollen: Produktionsmittel in Arbeiterhand mit zinsfreiem Geld und was alle **Kämpfer gegen die Klimakatastrophe wollen: Ausschaltung aller klimaschädlichen Produktion.** Ohne dass die Kapitalisten das durch Geldhortung stören können **wir noch heute!**

Natürlich kann in dieser Kurzvorstellung des Buches Dr. Vogels „Mehr Gerechtigkeit - Wir brauchen eine neue Bodenordnung - nur dann wird Wohnen wieder bezahlbar" und in der Kurz-Wiedergabe der aktuellen Diskussion dazu nur auf einige Punkte eingegangen werden.

Bei der Bodenreform Gesells, unterstützt von seiner Geldreform, handelt es sich um seine ursprünglichen Lehren aus dem Hauptwerk „Natürliche Wirtschaftsordnung" von 1916, in deutsch. Seine ersten Texte erschienen in spanisch, weil er als Importkaufmann für med. Artikel aus den Währungswirren Südamerikas zwischen Inflation und Deflation durch eigene Forschung erfahren wollte, wie er jeweils günstig für sein Geschäft handeln sollte. Nebenbei wurde er zum Sozialreformer, von dem immerhin der ehem. Leiter des Weltwirtschaftsinstituts Kiel, Prof. Harms, gesagt haben soll „Gesell ist nicht zu widerlegen, sondern nur abzulehnen!

Jede/r kann sich daran versuchen - z.B. mit der „**ALTERNATIVE für alle Völker und für alle Völker**" von 1916, die A3W ausgab als die Unzufriedenheit vieler BürgerInnen mit der Verfassungswirklichkeit, die hinter dem Verfassungsgebot Art. 20. „die Bundesrepublik ist ein sozialer Bundesstaat" zurückblieb, größer wurde. Auf Seite 1 ist dies an rot-grüner Kriegspolitik und Steuerreform Finanzminister Eichels nachzulesen und S. 2 der liberalsoziale Aufruf an die Kanzlerin 1916: „**Hat sie den Mut die Heilige Kuh des Kapitalismus, das Zinseszins-System, auf dem Altar Humanitärer Hilfe für Flüchtlinge und zur sozialen Befriedung des eigenen Volkes zu opfern und in ihrer Partei und gegen die Nutznießer des Zinssystems durchzusetzen**"?

Seite 3 enthält Gesells Lehre, eingebettet in eine Rede Benoit Courees, damals Vertreter Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, vor der Geldmarktkontaktgruppe der EZB am 9. 9. 2014. Couree erwähnte Gesells Idee gestempelten Geldes, die in der Weltwirtschaftskrise von 1929 in den USA von Irving Fisher übernommen wurde, der nach Studium des sog. „Wunders von Wörgl", einer Tiroler Kleinstadt, sich einen "bescheidenen Schüler Gesells nannte und erklärte, **mit Gesells Stempelgeld die 13-15 Millionen Arbeitslosen der USA in kurzer Zeit abzubauen**, was in Wörgl mit Gemeinde-Arbeitsbestätigungen, die monatlich mit 1% ihres Nennwertes gegen Stempelung aufgewertet werden mussten, in 1 Jahr - bis zu ihrem Verbot - **die Arbeitslosenzahl von 400 auf 300 senkte**. Couree sagte dazu: Ist nun Gesell, über den „die wis-senschaftlichen Meinungen geteilt sind, Irving Fisher stützte ihn und John Maynard Keynes nannte ihn einen zu Unrecht vernachlässigten Propheten" und fragte, nachdem er im Vortrag darauf zurückkam und über die Politik der EZB mit dem Leitzins unter Null zu gehen, philosophierte: „**Wie lautet das Urteil für oder gegen das Senken einige Leitzinsen - oder um auf Gesell zurückzukommen: Ist er ein Prophet oder ein monetärer Sonderling?** Nachdem Couree diese Aussagen wiederholte, zuletzt im Vorjahr auf dem Kongress der franz. Versicherungswirtschaft, wurde er für die Finanzwelt und den dazu gehörigen IWF - Internationalen Währungsfonds nicht tragbar und so wurde gleich deren Vorsitzende Christine Lagarde für das freiwerdende Amt des EZB-Präsidenten gekürt, die zunächst den Kurs Draghis fortsetzen will, den A3W in der Sendung 86 zum Jahreswechsel im Text „**Nichts Neues an der Währungsfront**" eine gescheiterte Politik nennt, weil mit zu hortendem Geld nichts andres herauskommen kann als weitere Verarmung/Verelendung der Völker für eine hauchdünne Schicht Finanzaristokraten, weitere Ressourcenplünderung der Erde und raschere Umwelt- und Klimazerstörung, was A3W im Erstschwerpunkt der Sendung 86 im Text „**KRIEG GEGEN DIE NATUR BEENDEN**" erklärt. Der sowjetische STAATSKAPITALISMUS ist schon Ex. Rettungen des PRIVAT-KAPITALISMUS unter Farben von CDU pur, CDU/FDP, SPD/FDP, SPD/GRÜN und jetzt 12 Jahre CDU/SPD führen tiefer in die Krise des Poh'tik/Wirtschafts/Klima/und Kriegchaos.

NOCH BESTEHT DIE CHANCE EINES KURSWECHSELS, WENN ROT, ROT, GRÜN nach Art. 63.4. als MITTE-LINKS-MINDERHEIT 2021 koalieren und Schritt für Schritt das nicht zu widerlegende und sich nicht nur in Wörgl, sondern 300 Jahre im Hochmittelalter von 1150-1450 bewährende Umlaufgeld, eingeführt von Erzbischof Wichmann von Magdeburg, die Wirtschafts/ Sozial/ und Kulturblüte der Hanse und Gotik ermöglichte, **jetzt erneuern! Näheres auf Seite 4 „Krieg gegen die Natur beenden" wozu UNO-CHEF Guterres beim Klimakongress aufrief!**

Weitere Aussagen zur Bodenfrage, u.a. von Leo Tolstoi in „Auferstehung," Teil 2, Kap. 6 -mitgeteilt von Anselm Rapp in der nwo-liste@listi.jpberlin.de - aus der ich gekürzt zitiere:

„Alles war ihm so klar, auch wie er selbst so lange nicht sah, dass das Volk ausstirbt: Sterblichkeit der Kinder, übermäßige Arbeit der Frauen, Mangel an Nahrung. Hauptursache der Volkseleude war das Land, von dem es sich ernähren konnte, war ihm von den Grundbesitzern genommen, so dass Kinder und Alte sterben, weil sie keine Milch haben; sie haben keine Milch, weil sie kein Land haben, um das Vieh zu weiden, Brot und Heu zu ernten und das Land in den Händen von Leuten ist, die ihr Recht auf den Boden ausnützen und von der Arbeit des Volkes leben ... wird von in äußerster Not gebrachten Leuten bearbeitet, damit Brot (1,2) im Ausland verkauft wird, *damit* seine Besitzer sich Hüte, Spazierstöcke, Kaleschen kaufen können. Das war ihm jetzt so klar, wie, dass in Umzäunung eingeschlossene Pferde, wenn alles Gras gefressen ist, mager werden und sterben. Man muss Mittel finden, wenigstens, dass man selber keinen Anteil daran nehme! Er erinnerte sich an die Grundsätze Henry Georges, an seine Begeisterung für ihn. „Land kann nicht Gegenstand des Eigentums, des Kaufs und Verkaufs sein, so wenig wie Wasser, Luft, Sonnenschein. **Alle haben das gleiche Recht auf das Land und auf alle Vorteile, die es den Menschen bietet**“.

Er begriff, dass er seinen Bauern nicht einen Teil dessen schenken konnte, auf was er kein Recht hat und verpachtete ihnen den Boden für eine Rente, diese aber sollte ihr Eigentum sein; sie sollten es für Steuern und Gemeindeangelegenheiten nutzen. Das war keine „single Tax“ wie sie Henry George vorschlug, aber die größtmögliche Annäherung an sie. Hauptsache er verzichtete auf seine Rechte als Grundeigentümer.

(1,2) Die mit frz. Krediten gebauten Bahnen dienten nicht nur dem Getreideexport, auch schneller Truppenverlegung. Letztlich scheiterte der Schlieffenplan Paris zu überrennen, als Hindenburg Truppenverlegungen vom Westen in den Osten durchsetzte, um die schneller als erwartet in Ostpreußen einmarschierenden Russen noch vor Tannenberg zu besiegen. Folge: 4 Jahre Stellungskriege um jeden Quadratmeter in Ost und West mit Millionen Toten.

Für Tolstoi war die Bodenfrage auch eine Friedensfrage - auch weil mit Pflanzenkost Milliarden Menschen mehr auf Böden besser ernährt werden können als je durch Kriege zu erobern sind. Deshalb sagte er „**Solange es Schlachthäuser gibt, wird es Schlachtfelder geben**“. Hatte er Gäste, band er Hühner an die Stühle und legte Messer auf den Tisch.

Bodenreform, nicht ohne Geldreform - aber wie ? Ist Hauptfrage Traugott Strungs in seinem in der DDR geschriebenem Buch „Frieden auf dem Erdboden“, 181 Seiten, Hochformat € 21,5

Dem Verfasser kostete der Versuch es im Westen drucken zu lassen 5 Jahre Zuchthaus und Beschlagnahme des Textes. Das Buch bringt eine umfassende Geschichte der Bodenreformer der Neuzeit, angefangen mit den Engländern, dem Arzt William Petty der als erster die Grundrente feststellte und als Monopoleinkommen deutete. Die Liste hat 10 Namen, endet mit James Mill und Sohn John Stuart Mill, welche die erste Bodenreformgruppe bilden. In Frankreich waren es die Physiokraten. Als Ludwig der 16. Francois Quesnay, den wissenschaftlichen Vertreter der Physiokratie fragte, was er als König von Frankreich machen würde, sagte er „nichts“ und meinte „das Gesetz, das in einer neuen Rechtsverfassung des Bodens“ bestehen soll. Sein Schüler Turgot wollte es Schritt für Schritt umsetzen und mit einer Grundrentensteuer krönen, die die Stürme der Revolution hinwegfegten. In den Mittelpunkt stellt Traugott Strung Henry George als Vater der Bodenreform, den Irrweg Adolf Damaschkes und Silvio Gesell, den Theoretiker des Zinses. **Das von Ausbeutung befreite „Freiland“ war ihm „die eherne Forderung des Friedens“** Denn mit der Bodenreform „verschwindet der Hauptankapfel aus der Politik, die dann erschöpft und erledigt sein wird, so dass sich der Weltfreihandel von selbst einbürgert, denn „ohne Privatgrundrente gibt es keinen Krieg, weil es keine Zölle mehr gibt. Die Bodenreform bedeutet daher Weltfreihandel und Weltfrieden“. Gesell erkannte, dass es neben dem Bodenmonopol noch das Geldmonopol gibt und wie es durch Abbau des Geldzinses zu brechen ist, so dass zunächst die Kaufschuld des Bodens als verzinsliche Bodenpapiere „aus eingehenden Bodenpachten durch Abbau des Geldzinses zu tilgen ist, **um dann die Gerechtigkeit auf dem Boden wahrzumachen**, was Strung nun im Detail Punkt für Punkt darlegt und was aus der ersten 3-Teilbesprechung seines Buches jetzt in Teil 3 unter „**Bodenreformer auf Abwegen**“ zu erfahren ist. A3W hatte sich bereits um 2000 für Wegsteuerung der Grundrente, ergänzt durch Vorkaufsrechte für Landesbodenfonds ausgesprochen, also ohne Kenntnis dieses Buches und der Diskussionen zwischen Strung, HKR. Müller, Otto Valentin u.a. über die bessere Methode der Grundrentenbewertung und ihrer steuerlichen Erfassung noch in der Kriegszeit -Müllers „Städtische Grundrente“ erschien als Fachbuch 1941, 1937 Irving Fishers „Feste Währung“ und 1936 Keynes „Theorie der Beschäftigung, des Geldes und Zinses“ in deutsch mit ausführlichen Darstellungen zu Gesell, als seine Organisationen schon 1933/34 verboten waren. Müllers Gesetzentwurf **Landesbodenfonds sollte weiter in Diskussionen zur Lösung Bodenfrage dienen, 16 S. € 3,- bei A3W.**

Nr. 87 hat Teil 3, 4 Seiten des Buches, auch zum Recht der Mütter auf den **Bodenzins als Erziehungsgehalt!**